

Der SteinlArbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Aufgang B und C. Auf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgepaßene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383
Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 5. November 1932

36. Jahrgang

Nummer 45

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Am 6. November werdet ihr wieder euer höchstes Staatsbürgerrecht ausüben.

Dieses Recht ist in Gefahr. Wenn die Reaktion siegt, kann es das letzte Mal sein, daß ein neuer Reichstag nach dem freien Wahlrecht gewählt wird, das die sozialdemokratische Arbeiterbewegung nach dem Sturz des alten Kaiserstaates für sich und das deutsche Volk errungen hat. Der Ausfall dieser Wahl wird es entscheiden.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr habt Jahrzehnte einer harten politischen Schule hinter euch. Ihr werdet mit klarem Blick die ungeheuren Gefahren erkennen, die sich hinter den staatspolitischen Plänen der jetzigen Regierung verbergen.

Eure Freiheitsrechte, in einer langen, ruhmreichen Geschichte erkämpft, sind aufs äußerste bedroht. Euer Kampf um die politische Macht ist in ein entscheidendes Stadium getreten.

Die politische Macht der Arbeiterklasse ist der Schlüssel zum Umbau der Wirtschaft, wie die Gewerkschaften ihn fordern. Ein freies Deutschland kann nur ein sozialistisches Deutschland sein.

Die Souveränität des deutschen Volkes unter den Weltmächten hat zur Voraussetzung, daß das Volk auch über sein innenpolitisches Schicksal souverän entscheidet.

Kein Volk ist frei, dessen Arbeiterschaft zur Unfreiheit, zur Hörigkeit verdammt ist.

Kämpft für eure Freiheit!

Zeigt allen Gegnern am 6. November, daß euer Wille zur politischen Macht ungebrochen ist.

Gebt eure Stimmen der politischen Partei, die allein die Rechte und die Freiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen wahrhaft vertritt.

Alle Stimmen für die Sozialdemokratie.

Berlin, 24. Oktober 1932.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Volksentscheid am 6. November

Von Th. Leipart.

Seit einem halben Jahre ist die Verfassung von Weimar praktisch außer Kraft. Sie wird „geschützt“, aber in ihren entscheidenden Teilen nicht mehr angewendet. Sie soll „reformiert“ werden, aber nicht aus ihrem Geiste. Der Geist der Weimarer Verfassung ist verbannt, er soll unterdrückt werden. Und das alles aus der angeblichen Vollmacht eines Artikels dieser Verfassung, des Artikels 48.

Die Staatsgewalt geht nicht mehr vom Volke aus, sondern vom Reichspräsidenten. Das Volk ist nicht mehr souverän. Souverän ist heute der Reichspräsident. Der Reichspräsident ist zwar von der Mehrheit des Volkes in sein Amt berufen. Aber die Regierung des Reiches, die er eingesetzt hat, regiert gegen den Willen der Mehrheit des Volkes.

Die Reichsregierung beruft sich bei jeder Gelegenheit auf übertriebene Kräfte als Quelle ihres Rechts gegen das Volk. Sie treibt „Politik aus dem Glauben“. Das Volk aber teilt diesen Glauben nicht und mißbilligt diese Politik. Die Regierung zieht aus dieser Tatsache nicht die einzig mögliche Folgerung, schleunigst abzutreten. Sie bleibt und will noch jahrelang im Amt bleiben. Ihre Berufung auf den Glauben ist nichts als die politische Begründung dieser Willkür, sie ist eine überhebliche Selbstvergötterung. Das aber ist Mißbrauch des Glaubens aus Politik.

Die Reichsregierung will eine „autoritäre Regierung“ sein. Aber es gibt nur eine dauerhafte Grundlage der Autorität, das Vertrauen des Volkes.

Dieses Vertrauen fehlt. Es fehlt in allen Schichten des Volkes, außer bei jenen, die die Souveränität des Volkes verneinen, die sein unüberäußerliches Recht, aus eigenem Urteil zu bestimmen, wie und von wem es regiert werden will, ein für allemal beseitigen wollen.

Politik wird nicht durch den Glauben gerechtfertigt, sondern durch Taten. Die Taten dieser Regierung zeugen wider ihren Glauben. Ihre Pläne bekunden eindeutig ihren Willen, die Staatsgewalt dem Volke zu entreißen.

Die lebendige Einheit von Volk und Staat, durch die Wirkungen der Krise, durch die Folgen einer verhängnisvollen Politik ohnehin geschwächt, soll vollends zerrissen werden. Obrigkeit ist Staat und Untertanenvolk: das ist das staatspolitische Ziel dieser Regierung, das ist die Quintessenz ihrer Verfassungsreform.

Aus diesem Geist bürokratischer Diktatur handelt sie schon heute. Sie befragt das Volk, aber sie mißachtet seine Antwort. Sie rühmt sich ihrer Unabhängigkeit von den Parteien, sie nennt sich „überparteilich“. Aber diese angebliche Überparteilichkeit ist nur eine Ausflucht. Sie muß zu dieser Ausflucht greifen, weil sie in keiner der großen Parteien, die Träger des Volkswillens sind, Anhänger besitzt.

Ihre parteipolitische Unabhängigkeit existiert trotzdem nur in ihrer eigenen Einbildung. Der Beifall der Deutschnationalen beweist, wo sie ihre Anhänger sucht und findet. Sie stützt sich auf die Großagrarier, die Schwerindustriellen, die ehemaligen Prinzen, die Fürsten und den Adel. Sie liebäugelt mit den Monarchisten und umwirbt die großen Interessenten. Das ist ihr neues Prinzip konserverativer Staatsführung.

Der Reichskanzler wirbt für seine Politik auf den Tagungen der Industriellen und Agrarier. Die einen sucht er durch Steuergutscheine und Prämien für sich zu gewinnen, die anderen durch Kontingente und Zölle, die einen wie die anderen durch Subventionen. Der Reichskanzler weiß recht gut, warum er nicht vor den Arbeitern, vor den Gewerkschaften rebet. An Gelegenheiten hätte es nicht gefehlt, wenn er selbst den Wunsch verpirte. Die öffentliche Kundgebung der Gewerkschaften am 18. Oktober hätte ihm die Möglichkeit geboten, den Versuch zu unternehmen, seine arbeiterfeindliche, widerprüchvolle Politik vor diesem Forum zu begründen. Aber für die Arbeiter hat der Reichskanzler keine Prämien, keine Steuergutscheine, keine Vergünstigungen, keine Versprechungen in der Tasche. Er hätte mit leeren Händen vor sie hinstreten und sich rechtfertigen müssen, wie er es „vor Gott und der Nation“ begründen will, daß die Arbeiter durch jede seiner Anordnungen mehr entrechtet und tiefer ins Elend gestochen werden. Es wäre ihm nicht gelungen. Denn für diese Politik gibt es keine Rechtfertigung.

In Ministerreden wird von „überlebten Wirtschaftsformen oder unhaltbaren Besitzverhältnissen“ geredet, aber es wird nichts an ihnen geändert. Die Wirtschaftspolitik dieser Regierung dient der Erhaltung der überlebten Wirtschaftsformen, der Festigung unhaltbarer Besitzverhältnisse, der Unterhöhlung der Volksrechte, der Stabilisierung der Klassenherrschaft der Besitzenden.

Mit anderen Worten: Diese Wirtschaftspolitik ist nur ein Glied in dem größeren Zusammenhang der staatspolitischen Pläne der Reichsregierung. Eben darin besteht die Gefahr. Denn diese Pläne sind bestimmt durch eine Auffassung von der sozialen Lebensordnung des Volkes, die in schroffem, feindlichem Gegensatz zu den sozialen Anschauungen, zu den staatspolitischen Zielen der deutschen Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften, wie der Sozialdemokratie steht. Die Regierung findet nicht umsonst ihre Gesinnung für den Anhängern des radikalen Rücktrittes, bei den Vorkämpfern des Obrigkeitsstaates, in jenen Kreisen, die mit der Hoffnung auf dauernde Erhaltung ihrer Besitzrechte den Willen verbinden, die Grundlagen des sozialen Volksstaates ganz zu zerstören und das freie Volk wieder unter die Botmäßigkeit volksfremder Gewalten zu stellen.

Die gegenwärtige Reichsregierung ist der Repräsentant dieser wahrhaft volksfeindlichen Kräfte. Wäre sie es nicht, sie wäre nicht auf den Gedanken gekommen, ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm mit politischen Maßnahmen zu verknüpfen, die die Grundlagen des deutschen Arbeitsrechts erschüttern, das in Wahrheit das Freiheitsrecht der deutschen Arbeiterschaft ist, aus ihrem Geist geboren und unter harten Opfern erkämpft. Dieses Freiheitsrecht ist das Wahrzeichen eines neuen Deutschland, in dem die Arbeiterschaft entsprechend ihrer geschichtlichen Leistung für das Volk, als gleichberechtigtes Glied im Ganzen der Nation ihre erste Anerkennung fand. Eine Regierung, die dieses Recht angreift, ist ein Feind der Freiheit der deutschen Arbeiterschaft, sie gefährdet die innere Freiheit, das soziale Selbstbestimmungsrecht der werktätigen Schichten der Nation, sie ist eine Regierung wider das Volk.

Die deutsche Arbeiterschaft kann und wird der Regierung auf diesem Wege nicht folgen. Ihr staatspolitisches Ziel ist ein freies, ein sozialistisches Deutschland. Um dieses Ziel zu erreichen hat sie seit Jahrzehnten den Kampf um die politische Macht geführt. Sie weiß, daß in diesem Kampf Rückschläge nicht ausbleiben können. Aber sie weiß auch aus der Erfahrung eines Jahrhunderts, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie auf die Dauer mit jedem ihrer Gegner fertig geworden sind, weil auf ihrer Seite das lebendige Recht der inneren Freiheit unseres Volkes war.

Die deutsche Arbeiterschaft wird daher den Kampf um die politische Macht mit ungebrochener Energie aufnehmen. Der Geist der unerbittlichen und folgerichtigen Gegnerschaft gegen den Kapitalismus, der die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung befeuert, breitet sich aus bis weit hinein in die Reihen der Parteien und Verbände, die heute noch, verblendet von den Lehren falscher Propheten, politische Gegner der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie sind. Dieser Antikapitalismus von heute wird der Sozialismus von morgen sein, wenn die deutschen Arbeiter ihren alten Fahnen treu bleiben und ihre Millionen und aber Millionen Stimmen am 6. November wie in den kommenden Kämpfen geschlossen einsetzen, um den sozialen deutschen Volksstaat auf dem Freiheitswillen der deutschen Arbeiterschaft, auf der politischen Macht der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie aufzubauen.

Ohne Ueberschrift, weil ...

Seit Anfang 1930 steht der Lohnabbau auf der Tagesordnung. Der erste Ansturm der Unternehmer galt den über-tariflichen Arbeitsverdiensten. Durch ihren Abbau wurden bereits im Jahre 1930 die Stundenlöhne der Arbeiter im Durchschnitt um 6 v. H. gekürzt. Das Jahr 1931 brachte eine allgemeine Kürzung der tariflichen Lohnsätze; der Tariflohn wurde etwa um 8 v. H. gekürzt. Dann kam die Dezember-Notverordnung Brinnings mit ihrem Lohnraubdiktat, die Löhne wurden etwa auf den Stand vom Ende 1925 zurückgeworfen. Damit sollten die Wünsche der radikalen Scharfmacher auf der Arbeitgeberseite in vollem Maße erfüllt worden sein.

Im ersten Halbjahr 1932 wurden die Löhne weiter gekürzt, zum Teil um 10, 15 und sogar 20 v. H. Nach der Tariflohnstatistik der freien Gewerkschaften lag der durchschnittliche Tariflohn Mitte 1932 um 3,5 Pfg. tiefer als im Jahre 1925 — vor der großen Rationalisierungsumstellung der deutschen Industrie!

Seit der Uebernahme der Macht durch das Kabinett von Papen setzte eine neue Offensive des Unternehmertums ein.

Die Regierung scheint aber von den Erfolgen ihrer Politik noch nicht befriedigt zu sein. Gleichzeitig mit der Bescherung der Besitzenden mit den Steuergutscheinen für mehr als 2 Milliarden Reichsmark, gleichzeitig mit den reichen Zoll- und Subventionsgeschenken an die Agrarier, öffnet sie einem neuen Lohnabbau Tür und Tor: bei der Erhöhung der Arbeiterzahl in einzelnen Betrieben gestattet sie den Arbeitgeber die Unterschreitung der tariflichen Lohnsätze um 12,5 v. H. Hinzu kommt noch die Schmälerung des Wochenverdienstes durch Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich.

Wie sich das auswirkt, und in welcher unmenschlichen Weise die Unternehmer die Notlage der Steinbruchs-Arbeiter und die Regie-

